



**sef:** Stiftung  
Entwicklung  
und Frieden  
Development  
and Peace  
Foundation

# : Programm

## **Fachtagung**

## **Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 – Die Perspektive der Länder**

## **im Rahmen der sef-Workshops für Experten der Bundesländer**

**20.-21. Februar 2014**

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Potsdam



---

## HINTERGRUND UND ZIELE

Die Europäische Union ist ein wichtiger Akteur in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Wirtschafts- und Handelspolitik. Für das Jahr 2015 plant die EU ein Themenjahr zur Entwicklungspolitik. In Deutschland beteiligen sich auch die Bundesländer an dessen Umsetzung. Der Bundesrat hat in einer Stellungnahme vom 20. September 2013 dazu angeregt, im Hinblick auf die Verhandlungen über eine Post-2015-Entwicklungsagenda im Jahr 2015 eine breite, öffentliche und (selbst-)kritische Diskussion über die Ziele und Inhalte der Entwicklungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu führen. Ein besonderes Augenmerk soll auch darauf gelegt werden, vor welchen Herausforderungen die Sektorpolitiken der Europäischen Union im Rahmen einer neuen globalen nachhaltigen Entwicklungsagenda stehen.

Vor diesem Hintergrund möchte die Fachtagung im Rahmen der sef-Workshops für entwicklungspolitische Experten der Bundesländer Raum geben für eine Diskussion der EU-Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht der Länder: Wo bestehen Chancen und Konflikte im EU-Mehrebenensystem, welche Widersprüchlichkeiten zeigen sich zu dem Erfordernis einer kohärenten Außenpolitik? Was ist der Beitrag der Bundesländer zur Umsetzung der EU-Entwicklungspolitik und ihrer Sektorpolitiken? Welche Themen können und sollen aus Sicht der Länder das „Europäische Jahr der Entwicklung 2015“ inhaltlich prägen? Wie können diese von den Bundesländern an die allgemeine Öffentlichkeit vermittelt werden?

Ziel der Fachtagung ist es, den Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Vertretern der Zivilgesellschaft zu befördern, einen kritischen Input über die EU-Entwicklungspolitik und die Verantwortung der Bundesländer im Mehrebenensystem zu geben sowie die öffentliche Diskussion und Meinungsbildung im „Europäischen Jahr der Entwicklung 2015“ vorzubereiten.

---

## TEILNEHMERKREIS

Die Fachtagung zielt auf einen begrenzten Kreis von ca. 30 Personen. Die Teilnehmenden setzen sich zusammen aus VertreterInnen der SEF-Stifterländer und anderer Bundesländer, VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft sowie ExpertInnen ausgewählter Nichtregierungsorganisationen.

# : Donnerstag, 20. Februar 2014

13.00 Uhr            Registrierung

---

## MODERATION

**Dr. Klemens van de Sand**

Vorstandsmitglied  
Germanwatch, Bonn

---

## BEGRÜSSUNG

13.30 Uhr

**Ralf Christoffers**

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Potsdam

**Karin Kortmann**

Vorsitzende des Vorstandes  
Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

---

## TEIL I

### DIE EU UND DIE LÄNDER «POST-2015» – HANDELN IN GLOBALER VERANTWORTUNG

Im Rahmen der Verhandlungen um eine Post-2015-Entwicklungsagenda zeichnet sich ein Paradigmenwechsel weg von einer reinen Entwicklungs- hin zu einer globalen Nachhaltigkeitsagenda mit Verantwortung für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer ab. Damit wird die EU ihre Rolle als globaler Akteur überdenken und die Trennung ihrer Entwicklungs-, Außen- und Binnenmarktpolitik weiter aufweichen und die bestehenden Widersprüche und Interessenskonflikte zwischen den Zielen der europäischen Entwicklungspolitik sowie anderen Handlungsfeldern der EU angehen müssen.

Wie kann die EU zu einer globalen Nachhaltigkeitsagenda beitragen? Wie kann das Kohärenzgebot in der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt werden? Welche Rolle kommt den Bundesländern im Mehrebenensystem dabei zu? Wo können und müssen die Länder konkrete Dinge bewegen?

13.45 Uhr

Inputs

**Helge Arends**

Referent Politik und Kohärenz  
Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit - EuropeAid  
Europäische Kommission, Brüssel

**Elmar Brok MEP**

Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament  
Vorsitzender des Stiftungsrats des European Endowment for Democracy (EED), Brüssel  
Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

**Bernd Nilles**

Generalsekretär  
CIDSE, Brüssel

anschließend

Plenumsdiskussion

15.15 Uhr

Kaffeepause

---

## TEIL II

### DIE HANDELSPOLITIK DER EU – ENTWICKLUNG DURCH BILATERALE MARKTLIBERALISIERUNG?

In der Handelspolitik hält die EU am Prinzip des Freihandels fest und hat sich einem weltweiten Trend zu bilateralen Abkommen angeschlossen. Dabei geht es längst nicht mehr nur um klassische Handelsliberalisierung. In bilateralen Abkommen mit schwächeren Staaten kann die EU meist nach wie vor ihre Konditionen diktieren. Bestes Beispiel dafür ist die Agrarpolitik, in der weiterhin meist Exportsubventionen für EU-Produkte einem beschränkten Marktzugang für Produkte aus Entwicklungsländern gegenüber stehen. Damit schwächt die EU nicht nur multilaterale Verhandlungsrunden. Sie schließt auch viele Entwicklungsländer aktiv von der Artikulation ihrer Interessen aus und sorgt durch die Umlenkung von Warenströmen in vielen Ländern für Einnahmeausfälle.

Wie glaubwürdig bleibt die EU als multilateraler Akteur? Wie kann die Handels- und Agrarpolitik der EU mit ihren Entwicklungszielen in Einklang gebracht werden?

15.45 Uhr	Inputs <b>Heike van Baal</b> Abteilungsleiterin Agrarpolitik Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA), Berlin <b>David Hachfeld</b> Kampagnenreferent EU-Handelspolitik Oxfam, Berlin
anschließend	Diskussion
17.00 Uhr	Kurze Pause

---

### TEIL III

#### DIE EU-ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK UND DIE VERANTWORTUNG DER BUNDESLÄNDER

Die EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik steht im Spannungsfeld zwischen menschenwürdigem Flüchtlingsschutz, der Abwehr von Wirtschaftsflüchtlingen und einer solidarischen Verantwortungsteilung unter den Mitgliedstaaten. Nach wie vor gibt es in der Praxis kein gesamteuropäisches Asylprogramm, auch weil Länder wie Deutschland Forderungen nach einem Solidaritätsmechanismus ablehnen. In der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik kommt der Landes- und Kommunalpolitik mit der Unterbringung und der sozialen Betreuung Asylsuchender eine Schlüsselrolle zu. Auch hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.

Welche Aufgabe müssen die Bundesländer in der Asyl- und Flüchtlingspolitik übernehmen? Wie können die Bundesländer zu der Entwicklung eines kohärenten und menschenwürdigen europäischen Politikansatzes beitragen?

17.15 Uhr	Inputs <b>Dr. Cornelia Ernst MEP</b> Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel <b>Marei Pelzer</b> Rechtspolitische Referentin Pro Asyl, Frankfurt am Main <b>Michael Tetzlaff</b> Unterabteilungsleiter Migration, Flüchtlinge, Europäische Harmonisierung Bundesministerium des Innern, Berlin
anschließend	Diskussion
18.45 Uhr	Ende der Diskussionsrunde
ab 19.15 Uhr	gemeinsames Abendessen im Restaurant „Der Hammer“ und informeller Ausklang

# : Freitag, 21. Februar 2014

09.00 Uhr Begrüßungskaffee

---

## MODERATION

**Dr. Michèle Roth**

Geschäftsführerin

Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

---

## TEIL IV

### «EMPOWERING LOCAL AUTHORITIES» DURCH GOOD GOVERNANCE UND SUBSIDIARITÄT?

Eine weitere Priorität der europäischen Entwicklungszusammenarbeit lautet „Good Governance, Demokratie und Menschenrechte“. Zwar setzt sich die EU seit langem für die Förderung von Demokratie und Partizipation ein. Hauptinstrument der EU ist jedoch weiterhin die Budgethilfe, die lange Zeit ohne eine systematische Einbeziehung von Parlamenten und der Zivilgesellschaft vorstatten ging. Meist war diese außerdem an die Einhaltung von Verpflichtungen hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten durch die jeweilige nationale Regierung gebunden. In jüngster Zeit fand u.a. durch die Aufnahme in den Rio+20- und den Busan-Prozess sowie in die Verhandlungen um eine Post-2015-Entwicklungsagenda eine neuerliche Aufwertung der lokalen Ebene statt. Die EU-Kommission hat im Mai 2013 beschlossen, lokale Behörden in Partnerländern vermehrt zu stärken und die regionale und lokale Entwicklung durch die Förderung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement zu unterstützen.

Wie setzt sich die Europäische Union für gute lokale Regierungsführung und Demokratieförderung ein? Wie kann das Subsidiaritätsprinzip in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit eine tatsächliche Übersetzung finden? Welchen Beitrag können die Bundesländer hier konkret leisten?

09.30 Uhr Input  
**Christiane Overmans**  
Stadtverordnete Bonn  
Vorsitzende des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit des Deutschen Rats der Gemeinden und Regionen Europas  
Vizepräsidentin des Rats der Gemeinden und Regionen Europas

anschließend Plenumsdiskussion

10.30 Uhr Kaffeepause

---

## TEIL V

### EUROPÄISCHES JAHR DER ENTWICKLUNG 2015: WAS KÖNNEN DIE LÄNDER TUN?

Zum Abschluss soll ein Bogen zur konkreten Umsetzung des Europäischen Jahrs der Entwicklung geschlagen werden. Wie kann die politische Kommunikation der vorher diskutierten Themen gelingen? Was sind Erfolgsfaktoren und Herausforderungen politischer Kommunikation? Mit welchen Formaten und auf welchen Kommunikationswegen können die Bundesländer an die Zivilgesellschaft in ihren Ländern herantreten? Wie kann eine demokratische Diskussionskultur über die Entwicklungspolitik der EU befördert werden? Welche Kooperationsmöglichkeiten mit anderen regionalen Gebietskörperschaften der EU bieten sich an?

11.00 Uhr	Inputs <b>Kathrin Bimesdörfer</b> IFOK GmbH, Berlin <b>Dr. Jan-Hendrik Kamlage</b> Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI) Politikberater am European Institute of Public Participation
anschließend	Diskussion
12.30 Uhr	Schlusswort
	Ende der Veranstaltung